

Nationale Traditionen in Deutschland?

Am 31. Juli 1945, wenige Wochen nach der Kapitulation, als Deutschland inzwischen von den Truppen der Alliierten besetzt war, notierte Arthur Dickens, ein junger Oxforder Historiker, der in Lübeck als Presseoffizier der britischen Besatzungsarmee eingesetzt war, in seinem Tagebuch:

„Heute abend unternahm ich meinen üblichen Spaziergang durch die alte Stadt. ... Auf einmal spürte ich mit großem Erstaunen, daß ich für Lübeck eine Zuneigung entwickelt habe, wie ich sie nur noch für zwei oder drei andere Städte auf der Welt empfinde. ... Selbst mit seiner gegenwärtigen Überfüllung und seinen Zerstörungen könnte ich Lübeck leicht zu meinem Wohnsitz machen. Eigentlich ein recht schockierender Gedanke über eine deutsche Stadt so kurz nach dem Krieg. Welche Macht muß diese alte Hansestadt besitzen, daß sie einem Fremden wie ein Paradies vorkommt, so überfüllt wie sie ist, mit den unglücklichsten und hoffnungslosesten Menschen in der Geschichte.“¹

Lübeck, die Stadt Thomas Manns und der „Buddenbrooks“, war während des Zweiten Weltkriegs eine der ersten deutschen Städte gewesen, die der alliierten Bombardierung zum Opfer fiel. Dickens wurde später ein bekannter englischer Historiker. Eins seiner Bücher trägt den Titel „The German Nation and Martin Luther“².

In jüngster Zeit haben einige Bücher an deutsche Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg erinnert. Dazu zählen Winfried G. Sebalds „Luftkrieg und Literatur“, Jörg Friedrichs „Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945“ und Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang“, die den Untergang des mit deutschen Flüchtlingen aus Danzig beladenen Kasernenschiffs „Wilhelm Gustloff“ in der Ostsee im Januar 1945 behandelt³. In biographisch-literarischer Form arbeiten das Buch von Uwe Timm „Am Beispiel meines Bruders“ und der Roman von Ulla Hahn „Unscharfe Bilder“ deutsche Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg auf⁴.

Diese Bücher wurden in den deutschen Feuilletons eifrig diskutiert. Damit verband sich gelegentlich die Forderung nach einer Revision bisheriger Geschichtsbilder. Allerdings reduziert sich hier die Erinnerung ausschließlich auf den Zweiten Weltkrieg, und es geht nur um deutsche Erfahrungen. Die europäische Dimension wird ausgeklammert. Die naheliegende Frage, die sich der junge Dickens 1945 in der zerstörten Stadt Lübeck stellte, wie die durch den Zweiten Weltkrieg ausgelöste Katastrophe auf dem Hintergrund älterer Traditionen der deutschen und europäischen Geschichte zu sehen ist, wurde in der aktuellen innerdeutschen Diskussion, die nicht frei von larmoyanten Untertönen war, überhaupt nicht gestellt. Auch wurde die Politik ausgeklammert. Es handelte sich um eine willkürlich reduzierte

Form von Erinnerung, die die zeitgeschichtliche Erfahrung zum Angelpunkt der Geschichte macht und auch die Erfahrungen und Erinnerungen anderer als die der Deutschen ausblendet.

Nationalstaat und Nationalstaaten

Fragen nach der deutschen Vergangenheit stellen sich aber noch in ganz anderen Zusammenhängen, nicht zuletzt im Blick auf die politische Geschichte. Sie ergeben sich fast zwangsläufig aus der deutschen Einigung von 1989/90⁵. Sie werden sicherlich auch künftig in jedem Jahr neu bei den Veranstaltungen zum Tag der deutschen Einheit aufgeworfen werden, der an den 3. Oktober 1990 erinnert, als sich die Bundesrepublik und die DDR aufgrund des Einigungsvertrags zu der neuen Bundesrepublik zusammenschlossen. Im Juni 1991 folgte der Beschluß des Bundestags, der sich mit einer knappen Mehrheit von 337 zu 320 Stimmen für Berlin als Hauptstadt entschied. Seit 1999 ist Berlin der Sitz des Bundestags und der Bundesregierung, des Bundespräsidenten und des Bundesrats, der sich im darauffolgenden Jahr in dem Gebäude des ehemaligen Preußischen Herrenhauses niederließ. Damit scheint die Bundesrepublik den Anschluß an die Reichsgründung von 1871 gefunden zu haben und der deutsche Nationalstaat, der im Zweiten Weltkrieg untergegangen war, zu neuem Leben erwacht zu sein. Aber der Nationalstaat ist nicht unumstritten.

In einer Rede vor dem Deutschen Historikertag 1996 in München erklärte Bundespräsident Roman Herzog:

„Der ‚Nationalstaat‘ mit den dazugehörigen Souveränitätsvorstellungen hat sich ... überlebt. ... Wir sind am Ende dieses Jahrhunderts dabei, die nationalstaatliche Form zu überwinden, die in ihrer ideologischen Übersteigerung den Kontinent in den Abgrund gezogen hat.“

Johannes Rau, Herzogs Nachfolger im Amt des Bundespräsidenten, äußerte sich dagegen erheblich positiver über die Zukunft der Nationalstaaten. In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg im April 2001 sprach sich Rau für eine künftige europäische Verfassung auf der Grundlage einer Föderation der Nationalstaaten aus:

„Wenn wir die EU als eine Föderation von Nationalstaaten wollen, dann verbessern wir die demokratische Legitimation für gemeinschaftliches Handeln und sichern zugleich den Nationalstaaten die Kompetenzen, die sie behalten wollen und sollen. ... Niemand will die Nationalstaaten und ihre Souveränität beseitigen – im Gegenteil: Wir werden sie in all ihren Unterschieden noch lange brauchen, als Garanten der Vielfalt in Europa.“

Manche deutsche Autoren neigen dazu, die negativen Erfahrungen mit der eigenen, der deutschen Geschichte, zu verallgemeinern, wenn nicht gar zu verabsolutieren. Von daher erklären sie den Nationalstaat für die Zukunft und vor allem für die Zukunft Europas als obsolet⁶. Aber die Deutschen leben nicht allein auf dieser

Welt. Es wird leicht übersehen, daß andere Nationen, die Briten, die Franzosen, die Amerikaner, aber auch die Niederländer, die Belgier, die Dänen und die Schweden oder Länder wie Polen und Irland ganz andere historische Erfahrungen mit dem Nationalstaat gemacht haben als die Deutschen⁷. Das Bewußtsein der jeweils eigenen Vergangenheit wird auch im Zusammenleben der Nationen im vereinten Europa immer noch eine Rolle spielen⁸. Auch lassen sich andere nicht gern von Deutschen darüber belehren, daß ihr Nationalstaat lediglich ein überflüssiges Relikt der Geschichte sein soll.

Gebrochene Geschichte

Es gibt wohl kaum ein anderes Land, wo derart leidenschaftlich öffentlich über die eigene Geschichte und die Formen der nationalen Erinnerung gestritten wird wie in Deutschland. Nach den Debatten über das Holocaust-Mahnmal, die Wehrmachtsausstellung und der Debatte über die Entschädigung der Zwangsarbeiter sind es zur Zeit die Diskussionen um eine Erinnerungsstätte für die Vertreibungen und um die geplante RAF-Ausstellung in Berlin. Die Debatte des Bundestags 1991 über die Hauptstadtfrage – Bonn oder Berlin – trug ausgeprägt geschichtspolitische Züge. Für die Gegner Berlins beschwor die alte Reichshauptstadt die Erinnerung an Symbole des preußisch-deutschen Nationalismus herauf. Geradezu notorisch sind die Debatten, die in Deutschland unter dem Namen „Historikerstreit“ firmieren. Sie wurden nicht nur in der Zunft der Fachwissenschaftler ausgetragen, sondern zugleich auf dem öffentlichen Markt der Medien.

Gegenüber dieser schon traditionellen Streitkultur deutscher Historiker, für die Hans-Ulrich Wehlers „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“ paradigmatisch ist, deren vierter Band „Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949“ kürzlich herauskam⁹, kommt seit einiger Zeit ein ganz anders gearteter Zugang zur Vergangenheit auf, der weniger auf die „Analyse“ als auf die „Erinnerung“ setzt und der sich nicht zuletzt in zahlreichen historischen Ausstellungen der Museen und Gedenkstätten realisiert¹⁰. Dieser neuen Richtung ist auch das von Hagen Schulze herausgegebene dreibändige Werk „Deutsche Erinnerungsorte“ zuzurechnen¹¹. Darüber hinaus haben nicht nur deutsche, sondern auch britische und französische Autoren die „lange Dauer“ der deutschen Geschichte wiederentdeckt¹².

2002 erschienen zwei Arbeiten, die sich mit dem Dilemma der Deutschen im Umgang mit ihrer Geschichte auseinandersetzen. Es handelt sich dabei um das Buch von Edgar Wolfrum „Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung“ und um das Buch von Ulrich Schlie „Die Nation erinnert sich. Die Denkmäler der Deutschen“¹³. Wolfrum weist darauf hin, daß die deutsche Geschichte seit der Reichsgründung von 1871 häufig gebrochen war und unterschied-

liche, ja gegensätzliche Geschichtsbilder miteinander konkurrierten. Im Streit der Parteien und Richtungen wurde die Geschichte als Waffe eingesetzt. So wurde das preußisch-deutsche Geschichtsbild der Bismarckzeit und des wilhelminischen Kaiserreichs von Katholiken und Sozialdemokraten, den sogenannten „Reichsfeinden“, entschieden abgelehnt. In der Weimarer Republik bekämpften diejenigen, die sich gegen das sogenannte „Diktat“ des Versailler Vertrags auflehnten, die Weimarer Demokraten als „Novemberverbrecher“, weil sie dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 und dem Versailler Vertrag zugestimmt hatten. Der Kampf gegen Versailles wurde zum Kampf gegen die Demokratie¹⁴. Auf einer Welle solcher und ähnlicher Emotionen, so Wolfrum, sei Hitler an die Macht gekommen.

Mit der Teilung Deutschlands im Zug des Kalten Kriegs nach 1945 standen sich das sowjetisierte Geschichtsbild der DDR und das westliche der Bundesrepublik gegenüber. Nach der deutschen Einigung von 1989/90 habe erstmals für Ost- und Westdeutsche die Chance bestanden, gemeinsam die eigene nationale Vergangenheit aufzuarbeiten. Aber auch das sei offensichtlich nicht ganz einfach. Geschichte könne leicht als Waffe eingesetzt werden, um Andersdenkende zu diffamieren. Das habe sich beispielsweise an der gespaltenen Reaktion der Öffentlichkeit auf die Gedenkrede gezeigt, die Philipp Jenninger im November 1988 vor dem Bundestag zum 50. Jahrestag der sogenannten „Reichspogromnacht“ hielt, und in dem Streit zwischen Martin Walser und Ignatz Bubis.

In der zweiten Studie, dem Buch über die Geschichte deutscher Denkmäler im 19. und 20. Jahrhundert, zeigt Ulrich Schlie auf, wie im 19. Jahrhundert versucht wurde, mit Hilfe von Nationaldenkmälern überhaupt erst einmal ein deutsches Nationalbewußtsein zu erzeugen. Schlie führt als Beispiel die Errichtung der Walhalla an der Donau bei Regensburg an und die Fertigstellung des Kölner Doms, der jahrhundertlang eine Bauruine gewesen war. Das mitteldeutsche Gegenstück zum Kölner Dom wurde die Renovierung der Wartburg bei Eisenach. Weitere Nationaldenkmäler, die nach 1871 errichtet wurden, waren die Berliner Siegessäule, das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald, die Kaiser-Wilhelm- und Bismarck-Denkmäler und das Denkmal zur Erinnerung an die Völkerschlacht bei Leipzig, das 1913, 100 Jahre nach dem Ereignis und ein Jahr vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs, errichtet wurde.

Obwohl die Nationalsozialisten den Denkmalbau geradezu ins Gigantisch-Groteske pervertierten, hat die eigenartige Vorliebe der Deutschen für Denkmäler und Gedenkstätten auch nach 1945 keineswegs nachgelassen. Der Kalte Krieg brachte dann noch einmal ganz neue Varianten des nationalen Denkmalbaus hervor, eine „freiheitliche“ in der Bundesrepublik und eine „sozialistische“ in der DDR. Schließlich habe der Generationenwechsel der 1970er Jahre zu einem Stilwechsel im nationalen Denkmalbau geführt, der sich seitdem bewußt nachdenklich und kritisch mit der deutschen Geschichte, vor allem mit der Geschichte der NS-Zeit, auseinanderzusetzen begann.

Geschichtspolitik

Das Datum des Beginns der innerdeutschen geschichtspolitischen Debatten des 20. Jahrhunderts, auf die sich Wolfrums Studie bezieht, läßt sich ziemlich genau angeben. Es war der Freitag des 25. Juli 1919, als im Weimarer Nationaltheater während der Debatte der Deutschen Nationalversammlung über die Regierungserklärung der Regierung Bauer, die von den Sozialdemokraten und dem katholischen Zentrum getragen wurde, die erste große öffentliche Kriegsschulddebatte stattfand. Beide Volksparteien, SPD und Zentrum, hatten nach heftigen internen Auseinandersetzungen kurz zuvor dem Versailler Vertrag in der Nationalversammlung zugestimmt, der die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg besiegelte. Man sah keine Alternative, da im Fall einer Ablehnung des Vertrags Amerikaner, Franzosen und Briten den Krieg wieder aufgenommen und Deutschland besetzt hätten – wie das nach dem Zweiten Weltkrieg ja tatsächlich geschah.

Andererseits sahen Sozialdemokraten und Katholiken, die ehemaligen „Reichsfeinde“ der Bismarckzeit, die deutsche Zukunft nicht als so hoffnungslos an wie die Deutschnationalen, deren Nationalismus selbstzerstörerisch war. SPD und Zentrum hatten auf das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson gesetzt¹⁵. Sie versprachen sich eine Erneuerung Europas durch den Völkerbund in der Nachkriegszeit. Seit der Friedensresolution von 1917 sahen sie die Zukunft der deutschen Demokratie in einem erneuerten Europa¹⁶. Die Opposition der Deutschnationalen, die sich nach dem Schock der Revolution von 1918/19 bis dahin still verhalten hatte, sah dagegen jetzt nach der Zustimmung der Regierungsparteien zu dem aufgezwungenen Friedensvertrag einen willkommenen Anlaß, endlich aus der Reserve herauszutreten und mit der neuen demokratischen Regierung abzurechnen.

Der Sprecher der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), der mecklenburgische Abgeordnete Albrecht von Graefe, warf den Regierungsparteien vor, Deutschland seit 1917 systematisch in den Zusammenbruch getrieben zu haben. Am Anfang habe die Friedensresolution des Reichstags vom Juli 1917 gestanden, die von der Mehrheit des Reichstags aus SPD, Zentrum und die Linksliberalen getragen wurde. Diese Politik habe sich mit der Unterzeichnung des Waffenstillstands von Compiègne am 11. November 1918 fortgesetzt und habe über die Novemberrevolution, die die Sozialdemokraten zu verantworten hätten, schließlich mit der Annahme des Versailler Vertrags 1919 ihr Ende gefunden¹⁷. Die deutsche Rechte lastete damit die Verantwortung für den Zusammenbruch 1918/19 den demokratischen Parteien an. Die Spitze dieses Angriffs richtete sich gegen den schwäbischen Zentrumspolitiker und damaligen Finanzminister Matthias Erzberger, der die Friedensresolution von 1917 herbeigeführt, den Waffenstillstand vom 11. November 1918 unterzeichnet und der sich in der Reichsregierung mit seiner Argumentation für die Annahme des Versailler Vertrags schließlich durchgesetzt hatte¹⁸.

Erzberger konterte auf den Angriff mit einer langen Rede, die zahlreiche Enthüllungen über die Kriegszielpolitik der kaiserlichen Regierung enthielt¹⁹. Er hielt der Rechten entgegen, daß es zu der militärischen Niederlage, dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und der Revolution gekommen sei, weil sich die Militärs und die kaiserliche Regierung 1917 geweigert hätten, die von der Mehrheit des Reichstags geforderte Politik eines Friedensschlusses mit den bisherigen Kriegsgegnern einzuschlagen. Indem man auf Sieg gesetzt hätte, habe man alles verloren. Im Rückblick auf die vergangenen Kriegsjahre erklärte Erzberger vor der Nationalversammlung:

„Deutschland hatte ja vier Jahre überhaupt keine politische Regierung, sondern eine Militärdiktatur. Das ist das Unglück des deutschen Volkes, daß es die Militärs allein herrschen und die Politik der ruhigen Vernunft und der sachlichen Erwägung nicht zu Worte kommen ließ. Es herrschte geradezu ein System in Deutschland, daß in dem Moment, wo die Politik sich einmal vorwagte, es immer die allmächtigen Militärs waren, die gegen diese schwache Politik auftraten. Das ist die tiefste Wurzel der gegenwärtigen Revolution, das ist ihr tiefster Untergrund.“²⁰

In der großen geschichtspolitischen Debatte der Weimarer Nationalversammlung drehte Erzberger den Spieß des gegen ihn und die Demokraten gerichteten Angriffs um und richtete ihn gegen die deutschnationale Rechte:

„Jeder Friedensvertrag ist die Schlußrechnung eines Krieges. Wer den Krieg verliert, verliert den Frieden. Und wer hat bei uns den Krieg verloren? Ich habe es Ihnen nachgewiesen: Diejenigen, welche den handgreiflichsten Möglichkeiten eines maßvollen und würdigen Friedens immer wieder einen unvernünftigen, trotzig und verbrecherischen Eigensinn entgegenstellten. Sie haben mit ihren Agitationen und Machtmitteln den Krieg verloren, weil Sie den Frieden, wo er dem deutschen Volke noch erträglich schien, leichtsinnig weggeworfen haben. Nur weil Sie den Frieden, als es noch Zeit war, zurückgewiesen und zu Boden gestampft haben, den Frieden, den Ausgleich, der die alten Grenzen des Reichs aufrecht erhalten sollte, abgelehnt haben, mußten wir den anderen Frieden unterzeichnen.“

Erzberger fuhr fort:

„Die moralische Verantwortung dafür, daß schließlich kein besserer Friede mehr möglich war, tragen diejenigen, welche die alte Regierung unterstützt haben und welche den Kampf gegen die Friedenszielresolution des Reichstags in dieser Weise führten, wie ich sie vorhin zeichnen durfte. Dadurch, daß wir Ihren Waffenstillstand und Ihren Frieden unterzeichnen mußten, haben wir für Ihre Schuld gebüßt. Diese Schuld werden Sie niemals los, und wenn Sie hundertmal ihre Hände durch ein ‚Nein‘ in Unschuld waschen wollen. Sie werden diese Schuld nicht los, weder vor uns, noch vor der Geschichte, noch vor Ihrem eigenen Gewissen.“²¹

Das Protokoll verzeichnete „Stürmischen Beifall und Händeklatschen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten – Zwischen rechts – Wiederholter stürmischer Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten“.

Die Kriegsschulddebatte fand wenige Tage vor der Schlußabstimmung über die Weimarer Verfassung am 31. Juli 1919 statt. Die neue republikanische Verfassung wurde von den Deutschnationalen abgelehnt. Die nationale Rechte verband die Ablehnung von Versailles mit der Ablehnung der Weimarer Demokratie. Sie lastete den Demokraten die Schuld für die Niederlage und den Zusammenbruch Deutsch-

lands im Ersten Weltkrieg an. Es war eine „Flucht in den Mythos“ und der Beginn der Dolchstoßlegende²². Das hatte fatale Folgen, wie der weitere Verlauf der Geschichte der Weimarer Republik zeigen sollte. Das Beispiel verdeutlicht, daß die innerdeutschen geschichtspolitischen Debatten seit der Weimarer Zeit keineswegs nur akademischer Natur waren, sondern daß sie erheblichen politischen Sprengstoff produzieren und den Staat erschüttern konnten, wie dies bereits bei dem Kapp-Putsch im März 1920 der Fall war, der die Einlösung des Versailler Vertrags verhindern sollte.

Die Rede Erzbergers in der Kriegsschulddebatte der Weimarer Nationalversammlung am 25. Juli 1919 ist ein Schlüsseldokument für alle darauffolgenden geschichtspolitischen Debatten in Deutschland bis in die 1960er Jahre. Der Text ist leicht zugänglich. Er findet sich aber bis heute weder in den wissenschaftlichen noch in den Schulgeschichtsbüchern. Selbst Wehler, der sich als kritischer Historiker versteht, weist in dem neuesten Band seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ wohl mehrfach auf die Ermordung Erzbergers im August 1921 durch organisierte rechtsextreme Attentäter hin, aber Erzbergers Rede in der Kriegsschulddebatte der Nationalversammlung, mit der er den Haß der nationalen Rechten auf sich zog, wird kein einziges Mal erwähnt²³.

Nicht nur auf der Reichsebene, in der Nationalversammlung, sondern auch in den deutschen Stadtverordnetenversammlungen wurde seit 1919 leidenschaftlich über die Haltung diskutiert, die die Parteien während des Kriegs eingenommen hatten, wobei sich Anhänger eines sogenannten „Siegfriedens“ und eines sogenannten „Verständigungsfriedens“ auch nach dem Krieg unversöhnlich gegenüberstanden²⁴. Wie die nationale Politik kam auch die Kommunalpolitik nicht zur Ruhe. Praktische Fragen des Alltags wurden von den großen Zeit- und Streitfragen überlagert. Man sieht an diesen Beispielen, daß das gebrochene Verhältnis der Deutschen zu ihrer eigenen Geschichte bereits eine lange Tradition hat.

Das gebrochene Verhältnis bezieht sich nicht nur auf Belastungen, Fehlleistungen und Verbrechen, sondern auch auf positive Leistungen in der deutschen Vergangenheit. Das zeigt die Verdrängung der Rede Erzbergers zur Kriegsschulddebatte, eine der bedeutendsten Leistungen der deutschen Parlamentsgeschichte, aus dem Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Auf diesem Hintergrund ließe sich der seltsame Holztrog, der im Lichthof des Berliner Reichstagsgebäudes aufgestellt wurde, als ein bemerkenswertes Symbol deutscher Geschichtsvergessenheit deuten. Er trägt die Inschrift DER BEVÖLKERUNG und ist mit Erde aus den Wahlkreisen der heutigen Bundestagsabgeordneten angefüllt²⁵. Offensichtlich haben auch die Parlamentarier, die sich mehrheitlich für diese Installation entschieden, ein gebrochenes Verhältnis zur deutschen Geschichte.

Eine Ausstellung, die bis 1990 im Berliner Reichstagsgebäude untergebracht war und die von vielen Schulklassen aus Westdeutschland besucht wurde, trug den bezeichnenden Titel „Fragen an die deutsche Geschichte“²⁶. Nach der Verlegung in

den Deutschen Dom erhielt die Ausstellung den Untertitel: „Wege zur parlamentarischen Demokratie“. Gibt es also nur Fragen, oder gibt es auch Antworten? Der Fall der Mauer am 9. November 1989 und die Ereignisse, die zur deutschen Einigung am 3. Oktober 1990 führten, lösten große Anteilnahme in aller Welt aus. War das eine Antwort oder gar *die* Antwort auf all die Fragen, die die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhundert aufgeworfen und nicht beantwortet hatte?

Inzwischen ist die Erinnerung an das Drama, das zum 3. Oktober 1990 führte, merklich verblaßt. Aber der Umbruch der Jahre 1989/90 enthält zweifellos einen Schlüssel zur Deutung der deutschen Geschichte. Wenn man die Ereignisse der Jahre 1989/90 nicht historisch isoliert sieht, indem man sie nur auf das Tagesgeschehen und die Zeitgeschichte bezieht, sondern sie in größeren Zusammenhängen deutet, so sind die Bezüge der deutschen Revolution von 1989/90 zu der deutschen Revolution von 1918/19 vor 70 Jahren und zur deutschen Revolution von 1848/49 vor 140 Jahren kaum zu übersehen. Paradoxe Weise hatte die frühere DDR-Geschichtsschreibung ganz bewußt die Tradition der beiden Revolutionen von 1848/49 und 1918/19 aufgegriffen, um damit die historische Identität der DDR zu begründen²⁷. Daß sich diese revolutionäre Tradition schließlich so ganz anders auflösen sollte, hatten die DDR-Historiker natürlich nicht vorgesehen und auch nicht vorhersehen können.

Gemeinsam ist den Revolutionen von 1989/90, 1918/19 und 1848/49 schließlich auch, daß sie immer Teil einer europäischen Bewegung waren. Man kann die deutsche Gesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts nicht von der europäischen Gesellschaft isolieren. So wie der Zusammenbruch der DDR seine Voraussetzung in dem Umbruch in Osteuropa hatte, der ihm vorausging, so war die deutsche Einigung Teil eines Umbruchs der europäischen Politik nach dem Ende des Kalten Kriegs. 1990 endete die „deutsche Frage“.

Seitdem geht es nicht mehr um deutsche Antworten auf deutsche Fragen, sondern um Antworten auf Fragen, die die gesamte europäische Gesellschaft berühren²⁸. Das verlangt ein historisches Umdenken und eine neue Sicht der deutschen wie der europäischen Vergangenheit. Die Bereitschaft dazu ist allerdings gering. In Hans-Ulrich Wehlers drittem und viertem Band seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“, die die Zeit von 1849 bis 1949 umfassen, sind beispielsweise Europa, die europäische Gesellschaft, Politik und Kultur faktisch nicht existent. Das gleiche gilt für Heinrich August Winklers zweibändige deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Sie trägt zwar den Titel „Deutschlands Weg nach Westen“²⁹. Aber Europa und der Westen werden weder thematisiert noch beschrieben. In diesen Geschichtswerken beider Autoren gibt es nur Deutschland. Deutsche Historiker tun sich immer noch schwer, sich von den nationalistischen Fesseln zu befreien, die ihnen die Vordenker der deutschen Historiographie des 19. und 20. Jahrhunderts angelegt haben³⁰.

Zusammenbruch der DDR

Die „Perestroika“ in der Sowjetunion und die beginnende Auflösung der kommunistischen Systeme in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn machte die Bürgerrechtsbewegung in der DDR möglich, die zum Fall der Mauer am 9. November 1989 und schließlich zum Zusammenbruch des politischen Systems der DDR führte. Die Bewegung nahm ihren Ausgang von Protesten gegen die Verfälschung der Ergebnisse der Kommunalwahlen, die am 7. Mai 1989 in der DDR stattgefunden hatten.

Während die damals einsetzende, fast panikartige Fluchtbewegung Zehntausende von DDR-Bürgern dazu brachte, das Land zu verlassen, um über Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn in die Bundesrepublik zu gelangen, blieben die Bürgerrechtler bewußt im Land und verlangten Reformen. Dazu zählte vor allem die Abschaffung des Systems der Staatssicherheit (Stasi). Unterstützung erhielt die Bürgerrechtsbewegung von den Kirchen, vor allem von der evangelischen Kirche. Die katholische Kirche hatte zu dem Staat und der Gesellschaft der DDR stets eine betont distanzierte Haltung eingenommen. In den Kirchen fanden Friedensgebete statt, die nicht nur die eigenen Gemeindemitglieder ansprachen. Am bekanntesten wurden die Montagsgebete in der Leipziger Nikolai-Kirche. So formierte sich die Bürgerrechtsbewegung zunächst als Friedensbewegung im geschützten und scheinbar unpolitischen Raum der Kirchen. Hier entstand die politische Liturgie der abendlichen Friedensgebete, bei denen Kerzen aufgestellt und Texte verlesen wurden. Seit Anfang September schlossen sich daran die Demonstrationen an: Man verließ die Kirchen und begab sich auf die Straßen und Plätze.

Pfarrer und Geistliche spielten in der Bürgerrechtsbewegung eine teils aktive, teils passive Rolle. Sie brachten ihr Gemeindebewußtsein in die Bewegung ein und verloren dabei auch die andere Seite, die Staatsorgane, nicht aus dem Blick. In kritischen Situationen, wie beispielsweise bei den Leipziger Montagsdemonstrationen, versuchten die Kirchenvertreter zu verhandeln, um eine Eskalation von Gewalt zu verhindern. Als sich die Autorität der SED und der Staatsorgane aufzulösen begann, unterstützten Vertreter der beiden Kirchen das Zustandekommen der Politik des Runden Tisches. Diese Einrichtung ermöglichte es, daß das alte System fast schrittweise von der neuen Demokratie abgelöst wurde. Der Vorgang ist gelegentlich als „sanfte Revolution“ bezeichnet worden³¹. Aus dem Engagement der Kirchenvertreter in der Oppositionsbewegung gingen später die Politiker Wolfgang Ullmann, Rainer Eppelmann, Joachim Gauck, Friedrich Schorlemmer und Richard Schröder hervor.

Am 12. September 1989 erschien der Gründungsauf Ruf der Bewegung „Demokratie jetzt“, die der evangelischen Kirchen nahestand, und am 19. September der Aufruf zur Gründung des „Neuen Forums“, das die größte und bedeutendste Oppositionsgruppe werden sollte. Der Aufruf forderte zum „demokratischen Dialog“

über die Aufgaben des Rechtsstaats, der Wirtschaft und der Kultur auf. Er verstand sich als eine politische Plattform für die ganze DDR und wandte sich an „Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen“. In Ostberlin wurde am 2. Oktober als weitere Oppositionsgruppe der „Demokratische Aufbruch“ gegründet. Nachdem der Antrag des Neuen Forums auf Zulassung als Vereinigung wegen seines „staatsfeindlichen“ und „illegalen“ Charakters abgelehnt worden war, kam es in einer Reihe von Städten zu öffentlichen Demonstrationen, so in Leipzig am 29. September mit 5000 und am 2. Oktober mit 20000 Teilnehmern. Die Demonstrationen wurden gewaltsam aufgelöst.

Zur gleichen Zeit eskalierte die Fluchtbewegung. Die Regierung der DDR gab nach und gestattete am 1. Oktober den Transport von DDR-Flüchtlingen aus den deutschen Botschaften in Warschau und Prag in geschlossenen Sonderzügen nach Bayern durch das Gebiet der DDR. Bei den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober spitzte sich die Konfrontation zwischen der Oppositionsbewegung und den Staatsspitzen weiter zu. Inzwischen hatten die Reformbewegungen in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn erste Erfolge erzielt. Der gesamte Ostblock war in Bewegung geraten. Die Ereignisse in der DDR waren kein isolierter Vorgang. Störungen der Staatsfeiern am 7. Oktober lösten gewaltsame Gegenreaktionen aus. Dies wiederum feuerte die Protestbewegung an. Am 9. Oktober zogen im Anschluß an die Montagsgebete 70000 Menschen von vier Leipziger Kirchen aus durch die Innenstadt. Man skandierte: „Wir sind das Volk“³².

Seit dem Oktober wurden die öffentlichen abendlichen Demonstrationen in den Städten zu einer ständigen Einrichtung, die sich noch über Wochen, ja Monate hinzog und die die Erosion der DDR beschleunigte. Am 18. Oktober trat Erich Honecker als Staatsratsvorsitzender zurück. Die Verunsicherung der Partei- und Staatsführung war offenkundig. Inzwischen breitete sich die Demonstrationsbewegung von den größeren Städten Leipzig, Ostberlin und Dresden auch auf die meisten Bezirksstädte wie Erfurt, Gera, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Halle, Magdeburg, Potsdam und Rostock aus, und sie erreichte schließlich kleinere Städte vor allem im Süden, in Sachsen und in Thüringen. Seit Mitte Oktober wurde fast täglich in mehreren Städten demonstriert. Die Proteste und Aggressionen richteten sich zunehmend gegen die Staatssicherheit. Am 19. Oktober forderte der katholische Bischof von Berlin Georg Sterzinsky, umgehend freie Wahlen auszuschreiben, der Eisenacher Oberkirchenrat Martin Kirchner verlangte am 20. Oktober ein neues Wahlgesetz und ein Parteiengesetz für die DDR.

Am gleichen Tag forderten 50000 Demonstranten in der Dresdener Innenstadt nach einem Fürbittgottesdienst in der Kreuzkirche freie Wahlen³³. 300000 Menschen beteiligten sich am 23. Oktober an der Montagsdemonstration in Leipzig. Das DDR-Fernsehen berichtete darüber. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Demonstrationsbewegung am Samstag, dem 4. November in Ostberlin. Die mitgeführten Transparente trugen gewitzte und ironische Losungen wie „Privile-

gien für alle“, „Volksauge sei wachsam“, „Pässe für alle – der SED den Laufpaß“, „Rücktritt ist Fortschritt“, die die Partei- und Staatsspitze der Lächerlichkeit preisgaben. Die Schlußveranstaltung auf dem Alexanderplatz, bei der neben den DDR-Schriftstellern Christa Wolf und Stefan Heym auch das Politbüro-Mitglied Günter Schabowski und der ehemalige Stasi-General Markus Wolf als Redner auftraten, zählte fast eine Million Teilnehmer und wurde im DDR-Fernsehen übertragen³⁴. Am 7. November trat die Regierung der DDR, am 8. November das Politbüro der SED zurück. Am gleichen Tag wurde das Neue Forum als Vereinigung zugelassen.

Nach dem Fall der Mauer am 9. November und der Öffnung der Grenzen der DDR entwickelten sich die Demonstrationen in den Städten zu einem bis dahin noch nicht dagewesenen, groß angelegten nationalen Schauspiel. Die Opposition wurde zu einer Massenbewegung. Der anfängliche Ruf: „Wir sind das Volk“ wurde zuerst in den sächsischen Städten und danach bald überall in den Ruf: „Wir sind ein Volk“ umgewandelt³⁵. Die Bürgerrechtsbewegung war eine Volksbewegung geworden. Die Erklärungen der Oppositionsgruppen nahmen festere politische Konturen an und verlangten jetzt die Demokratisierung des gesamten Staatswesens. Inzwischen war die Sozialdemokratische Partei (SDP) gegründet worden und die sogenannten Blockparteien CDU, LDPD, NDPD waren aus dem Parteienbündnis mit der SED ausgetreten, um sich als eigenständige und unabhängige Parteien zu organisieren.

Am 7. Dezember fand die erste Sitzung des „Runden Tisches“ in Ostberlin statt. Ihm gehörten 33 Mitglieder der bisherigen Blockparteien und sieben der neuen Oppositionsgruppen an. Moderiert wurde der Runde Tisch von Vertretern der Kirche. Gleich auf der ersten Sitzung wurde die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes beschlossen. Der zentrale Runde Tisch, der bis zum 12. März 1990 arbeitete, vereinbarte den Termin und die Regeln für die Neuwahlen zur Volkskammer, die am 18. März 1990 stattfinden sollten, und erarbeitete einen Verfassungsentwurf³⁶. Man ging noch davon aus, daß die DDR weiterbestehen werde. Auch auf der Ebene der Kreise und Bezirke bildeten sich Runde Tische, die die Auflösung der örtlichen Staatssicherheitsämter kontrollierten.

Nachdem die immer lauter werdenden Forderungen nach einer Wiedervereinigung auch von westdeutschen Politikern aufgegriffen und sie der Kern einer Zehn-Punkte-Erklärung des Bundeskanzlers Helmut Kohl geworden waren, veränderte sich der Charakter der Bewegung in der DDR. Aus der Bürgerrechts- und Oppositionsbewegung wurde eine nationale Einigungsbewegung. Kurz vor Weihnachten war die Visa-Pflicht für DDR-Besucher aus Westdeutschland aufgehoben worden. Jetzt machten sich auch zahlreiche Westdeutsche auf den Weg, um die Städte der DDR zu besuchen. In der euphorischen Stimmung der Deutschen zur Jahreswende 1989/90 schien sich das Wort Willy Brandts einzulösen, daß jetzt zusammenwachse, was zusammengehöre.

Bereits der Wahlkampf zur Volkskammerwahl am 18. März hatte sich als Parteienwahlkampf gestaltet. Hauptredner auf den Wahlkampfkundgebungen waren die

westdeutschen Spitzenpolitiker. Damit deutete sich das Ende der Bürgerrechtsbewegung an. Bei einer Wahlbeteiligung von 93 Prozent entfielen auf das „bürgerliche“ Parteienbündnis der „Allianz für Deutschland“ aus CDU, DSU und „Demokratischer Auftrag“ (DA) 48 Prozent, auf die SPD 22 Prozent, auf die PDS 16 Prozent und auf die Liberalen fünf Prozent der Stimmen. Das „Bündnis 90“, dem sich die meisten Akteure der Bürgerrechtsbewegung angeschlossen hatten, erhielt nur knapp drei Prozent der Stimmen.

Am 6. Mai, ein Jahr nach den Kommunalwahlen der DDR vom Mai 1989, deren Manipulation die Bürgerrechtsbewegung ausgelöst hatte, wurden erstmals die Bürgermeister, Landräte und die Vertretungen der Städte, Gemeinden und Kreise in freien Wahlen gewählt. Jetzt zogen die Parteien auch in die kommunalen Parlamente der DDR ein. Gruppen und Kandidaten aus der Bürgerrechtsbewegung konnten lediglich Einzelerfolge in mehreren Städten und Kreisen verbuchen. Mit dem Einzug der Parteiendemokratie in die Rathäuser war die Bürgerrechtsbewegung der DDR nach einem Jahr beendet. Westdeutsche Kommunalpolitiker nahmen Kontakt mit den Städten und Kreisen in der DDR auf. Man vereinbarte Städtepartnerschaften. In den folgenden Jahren unterstützten die westdeutschen Kommunen die ostdeutschen Kommunen bei dem Wiederaufbau der kommunalen Selbstverwaltung.

Die aus den Volkskammerwahlen hervorgegangene demokratische Regierung der DDR handelte mit der Bonner Bundesregierung den Einigungsvertrag aus. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag sicherte die Zustimmung der ehemaligen Siegermächte zu der deutschen Wiedervereinigung, die am 3. Oktober 1990 Wirklichkeit wurde.

Deutsche Revolutionen und Verfassungen 1848/49 – 1918/19 – 1949 – 1989/90

Durch die liberalen, demokratischen, nationalen und idealistischen Momente, die in der „sanften“ Revolution der DDR vorherrschten, hatte die Revolution von 1989/90 manches mit der deutschen Revolution von 1848/49 gemeinsam. Der zivilgesellschaftliche Ansatz, der für die Bürgerrechtsbewegung der DDR wie übrigens für die gesamte Bewegung in Osteuropa charakteristisch war³⁷, zeigt durchaus Parallelen zu den monatelangen Grundrechtsdebatten der Frankfurter Paulskirchenversammlung 1848³⁸. Erst die Wirkungsmacht der deutschnationalen Geschichtsschreibung hat diese Tatsache aus dem Geschichtsbewußtsein späterer Generationen verdrängt. Die von der Frankfurter Nationalversammlung erarbeitete Verfassung schuf erstmals die Grundlagen für eine moderne Zivilgesellschaft in Deutschland, die in den neuen Nationalstaat eingebracht werden sollte. Die Realisierung der Frankfurter Verfassung scheiterte an dem Widerstand der Fürsten und Höfe, vor allem Preußens.

Die Vorstellung eines Nationalstaats, wie er 1871 in der Reichsgründung Wirklichkeit wurde, geht ursprünglich auf die Vorarbeit der Frankfurter Nationalver-

sammlung zurück. Ohne die Vorleistungen der Paulskirche wäre die spätere Bismarcksche Reichsgründung von 1871 wohl kaum denkbar und machbar gewesen. Es war übrigens Gabriel Riesser gewesen, der zum Abschluß der entscheidenden Debatte der Paulskirche im März 1849 ein leidenschaftliches Plädoyer für die „kleindeutsche Lösung“ gehalten hatte, d.h. für ein Reich von 32 Millionen (ohne Österreich) mit einem preußischen Kaiser an der Spitze³⁹. Der jüdische Anwalt aus Hamburg hatte seit 20 Jahren für die Gleichberechtigung der Juden gekämpft. In der Grundrechtsdebatte der Paulskirche war es ihm gelungen, eine überwältigende Mehrheit für die Gleichberechtigung der Juden zu gewinnen⁴⁰. Die Nationalversammlung wählte ihn zu ihrem Vizepräsidenten.

Der demokratische Nationalstaat kam allerdings erst mit der Weimarer Verfassung von 1919 zustande. Die Weimarer Nationalversammlung, die aus der zweiten deutschen Revolution, der Revolution von 1918/19 nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs am Ende des Ersten Weltkriegs hervorging, führte das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden ein. Erst jetzt wurde aus dem Bismarckreich eine parlamentarische Demokratie⁴¹. Hugo Preuß, der den Entwurf der Weimarer Verfassung schuf, war sich der Tradition der Paulskirche durchaus bewußt.

Das Grundgesetz von 1949 knüpfte sowohl an die Tradition der Frankfurter wie der Weimarer Verfassung an und führte sie fort⁴². Die Erfahrungen der Gefährdung der Demokratie, wie man sie in den letzten Jahren der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus gemacht hatte, flossen in das Grundgesetz ein, das ein „Provisorium“ schuf, aber grundsätzlich die nationale, liberale und demokratische Tradition von 1849 und 1919 fortsetzen wollte. Verwirklicht wurde dieses Ziel erst nach dem Zusammenbruch der DDR 1989/90. Das geeinte Deutschland wurde eine nationale Demokratie, die der der USA, Großbritanniens, Frankreichs und anderer westlicher Länder vergleichbar ist.

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und – auf einer anderen Ebene – später mit der der DDR-Herrschaft hat dazu geführt, daß die jüngsten Vergangenheiten im historischen Bewußtsein derart dominant wurden, daß andere, liberale und demokratische Traditionen der deutschen Geschichte kaum noch als real wahrgenommen wurden. Dazu trug indirekt auch die breite Medienpräsenz der Zeitgeschichte bei. Für viele ist „deutsche Geschichte“ fast gleichbedeutend mit Zeitgeschichte.

Glücklicherweise hat es der historische Zufall gefügt, daß Frankfurt, der Sitz der ersten Nationalversammlung, in Westdeutschland liegt und Weimar, der Sitz der zweiten, in Ostdeutschland, so daß sowohl der Westen wie der Osten Deutschlands einen Geburtsort der nationalen Demokratie vorzeigen können, wobei die jeweilige „Geburt der Demokratie“ nicht nur vor dem Jahr 1949 lag, sondern, was in diesem Zusammenhang vielleicht noch schwerer wiegt, auch vor dem Jahr 1933. Denn es ist nicht so, daß die gesamte deutsche Geschichte gleichsam auf Hitler zugelaufen ist.

Auch in Deutschland gibt es demokratische Traditionen, für die symbolisch Orte wie Frankfurt und Weimar und schließlich auch Berlin stehen können. Das ist nicht triumphalistisch zu verstehen. So steht Berlin nicht nur für die deutsche Demokratie nach der Wiedervereinigung, sondern auch für den Untergang des Dritten Reichs und den der DDR. Der symbolische Tag des 9. November der Jahre 1918, 1923, 1938 und 1989 erinnert daran.

Nationale Traditionen?

Der Rückblick auf die deutsche Verfassungstradition wirft allerdings auch eine Frage auf, mit der bereits die Abgeordneten der Paulskirche 1848/49 konfrontiert wurden: Was ist eigentlich Deutschland? Es ist erstaunlich, wie unbefangen manchmal „die deutsche Geschichte“ des 19. und 20. Jahrhunderts behandelt wird, ohne über diese Frage nachzudenken. Paragraph 1 der Frankfurter Reichsverfassung vom 28. März 1849 beantwortete die Frage nach dem Reichsgebiet mit einem einzigen Satz: „Das Deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen Deutschen Bundes.“ Darin war Österreich noch eingeschlossen. Seitdem begann ein langer Prozeß, der das Reichsgebiet von Etappe zu Etappe verkleinerte. Die Bismarcksche Reichsverfassung von 1871 schloß Österreich aus. Die Weimarer Nationalversammlung ratifizierte den Versailler Friedensvertrag von 1919, durch den das Reichsgebiet im Osten um Teile Preußens in Schlesien, Ost- und Westpreußen, Posen und Pommern und im Westen um Elsaß/Lothringen, das nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 von Deutschland annektiert worden war, verkleinert wurde. Der Zweite Weltkrieg brachte die Auflösung Preußens, den Verlust sämtlicher Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie und führte zur Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus diesen Gebieten. Zudem gab es von 1949 bis 1990 zwei deutsche Staaten im Gebiet des früheren Deutschen Reichs. Das war die Erblast, die die Bundesrepublik bei der deutschen Einigung 1990 übernommen hat.

Die Grenzveränderungen verweisen auf die gewaltigen inneren und äußeren Zerstörungen, die zwischen 1933 und 1945 in Deutschland und Europa geschehen waren. Eine endgültige und dauerhafte Lösung der Grenzen Deutschlands wurde erst mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen der Bundesrepublik, der DDR, Frankreich, der UdSSR, Großbritannien und den USA vom 12. September 1990 gefunden. Artikel 1 dieses Vertrags lautet:

„Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags endgültig sein. Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des vereinten Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.“

So wurde die Frage: „Was ist Deutschland?“, die sich bereits den Abgeordneten der Paulskirche gestellt hatte und die immer zugleich eine europäische Frage war, erst nach fast 150 Jahren deutscher Geschichte beantwortet. Der 3. Oktober 1990 symbolisiert nicht nur eine nationale Vergangenheit, sondern auch eine europäische Zukunft.

Es gibt noch ein weiteres Moment in der Bewegung, die zum Zusammenbruch der DDR führte, das auf ältere deutsche Traditionen verweist. Es handelt sich dabei um die Tradition der Städte⁴³. Alle ostdeutschen Städte, die Zentren der revolutionären Bewegung wurden, wie Leipzig, Dresden, Erfurt, Magdeburg, Halle, Rostock und Stralsund sind alte deutsche Städte, deren Geschichte bis in das Mittelalter zurückgeht. Seit der Zeit Luthers waren sie auch Zentren der Reformation in Deutschland. Die ostdeutschen Städte haben über die Jahrhunderte hinweg bei allen Spannungen, die es auch gab, die Nähe von städtischer und kirchlicher Gemeinde gepflegt. Obwohl die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung heute nicht mehr kirchlich gebunden ist, so war es doch auffallend, welche herausragende Rolle die Pastoren weniger als Initiatoren, sondern eher als Vermittler, in der Bewegung spielten, die zum Zusammenbruch der DDR führte.

Auch hier gibt es historische Bezüge. Die Kirchen waren in Deutschland traditionell volksverbundener als der Staat. Die einzigen Gelegenheiten, bei denen in Deutschland über die Jahrhunderte hinweg das Volk regelmäßig zusammenkam, waren die kirchlichen Gottesdienste an den Sonn- und Feiertagen. Um sich das anschaulich vorstellen zu können, braucht man nur einen Blick in alte Kirchengesangsbücher zu werfen, die heute häufig auf den Flohmärkten auftauchen. Die Kirchengemeinde begleitete das private und familiäre Leben der Deutschen von der Geburt bis zum Tod, ja selbst noch nach dem Tod durch die Errichtung und Pflege der Kirchhöfe⁴⁴. Die Zeiten der engen Verbindung von städtischer und kirchlicher Gemeinschaft sind vergangen. Aber sie haben Spuren hinterlassen: Sie wurden wieder sichtbar, als die DDR zusammenbrach.

Noch heute erinnern alte Rathäuser und alte Kirchengebäude in unseren Städten an vorstaatliche Zeiten in Deutschland. Denn Städte und Kirchen gab es in Deutschland schon Jahrhunderte vor der Bismarckschen Reichsgründung von 1871, also vor der Schaffung eines deutschen Nationalstaats⁴⁵. Im Mittelalter war die lateinische Bezeichnung für Stadt, „civitas“, gleichbedeutend mit „Staat“. Man kann deshalb sagen: „Staat kommt von Stadt“. In den mittelalterlichen Städten finden sich die Anfänge der modernen Zivilgesellschaft⁴⁶. Das läßt sich gerade an der Geschichte der deutschen Städte verfolgen. Andererseits sind die Städte keine deutschen Erfindungen, sondern Einrichtungen, die die gesamte europäische Gesellschaft seit dem Mittelalter prägen. Die Anfänge mancher europäischer Städte gehen bis in die Antike zurück. Das Europa der Städte, das ja alle Epochen, Kriege und Revolutionen überlebt hat, ist älter als das Europa der Nationalstaaten.

Andererseits hat Larry Siedentop in seinem Buch „Demokratie in Europa“ eine

Entwicklung aufgezeigt, die von der Stadt des Mittelalters zu dem modernen europäischen Nationalstaat führt:

„Der europäische Nationalstaat, wie er sich in der frühmodernen Ära entwickelte, wurde zum lebendigen Vermächtnis der besonderen Merkmale der mittelalterlichen Stadt – er bewahrte die egalitären Normen, die für die Stadt von Anfang an galten, und wurde zum Instrument ihrer allgemeinen Durchsetzung innerhalb der Gesamtgesellschaft.“⁴⁷

An diesem Vorgang konnte Deutschland nur begrenzt partizipieren. Immerhin ging in alten Reichsstädten wie Frankfurt, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Köln, Hamburg und Dortmund zumindest die Erinnerung an die reichsstädtische Tradition bürgerschaftlicher Selbstverwaltung nie ganz verloren⁴⁸.

Bereits in den Illustrationen der Schedelschen Weltchronik von 1494 bilden die Städte den Mittelpunkt Deutschlands und Europas. Städte haben auch in späteren Epochen immer wieder eine zentrale Rolle gespielt, so in der Zeit der Reformation, in der deutschen Revolution von 1848 und in der deutschen Revolution von 1918. Dabei gab es durch die Jahrhunderte häufig ein gespanntes Verhältnis zwischen Hof und Stadt, jedenfalls bis 1918, als mit dem Sturz der Monarchien auch die über 1000 Jahre bestehende Herrschaft der Höfe in Deutschland endete⁴⁹.

Es gab auch die Zeiten des städtischen Niedergangs, etwa in Kriegszeiten, vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ersten und zum Zweiten Weltkrieg, der mit der Bombardierung und Zerstörung zahlreicher Städte endete. Und es gab Zeiten, in denen das zivilgesellschaftliche Leben der Städte und die Selbstverwaltung der Gemeinden eingeschränkt oder sogar unterdrückt wurde, so in den absolutistisch regierten deutschen Ländern, am massivsten in der Zeit des Nationalsozialismus und eben auch in der Zeit der DDR. Die Ausschaltung der Juden aus dem wirtschaftlichen und öffentlichen Leben verstieß gegen elementare Bürgerrechte, die im 19. Jahrhundert erkämpft worden waren. Wolfgang Böckenförde hat dies als „Bürgerverrat“ beschrieben⁵⁰.

Der Zusammenbruch der DDR erinnert daran, die Städte und Gemeinden mehr als bisher in die Zentren der deutschen Geschichte zu rücken. Mit dem Aufstand der Bevölkerung der DDR 1989/90 standen plötzlich wieder die Städte im Mittelpunkt der Nation. Da die Rathäuser den Bürgern verschlossen waren, entdeckte man den alternativen, den zweiten Mittelpunkt der alten deutschen Städte: die Kirchen. Über die dort gehaltenen Predigten, Gebete, Versammlungen und Beratungen bereitete sich aus dem Innern der Städte der Umsturz vor. Als man schließlich die Kirchen verließ und auf die Straßen und Plätze ging, brach die DDR wie ein Kartenhaus zusammen⁵¹.

Die Bürgerrechtsbewegung kam aus den Städten, und sie entstand zunächst aus einem Protest gegen die Manipulation von Kommunalwahlen. Sie war eine städtische Bewegung, ebenso wie jene Bewegung, die 70 Jahre zuvor 1918/19 zum Zusammenbruch des Kaiserreichs geführt hatte. Gemeinsam ist beiden Bewegungen

von 1918/19 und 1989/90 der städtische Charakter und schließlich auch: der Erfolg. In beiden Fällen formierte sich in den Städten die Nation, und sie brachte den politischen Überbau zu Fall. Historisch jedenfalls kann man den Zusammenbruch der DDR nicht allein aus den momentanen Ereignissen erklären. Es waren die Städte, in denen die Nation über die geschichtlichen Brüche hinweg im allgemeinen Bewußtsein unmittelbar präsent geblieben war.

Hier in den Städten spielt sich der Alltag der Nation ab, der bei allen Unterschieden in den jeweiligen Lebensverhältnissen überall ähnlich ist, im Guten wie im Schlechten. Eine Nation ist nicht nur eine Volkswirtschaft. Sie lebt auch von gemeinsamen und konkurrierenden Vorstellungen, Wertungen und Imaginationen. Eben das macht ihre Urbanität aus. Die Pläne der Städte erinnern schon rein äußerlich an eine lange Vergangenheit. Mehr noch als künstlich geschaffene Denkmäler sind die Städte selbst gleichsam lebende Denkmäler, Gedenkstätten und Museen, die an die deutsche Geschichte mit all ihren Brüchen erinnern, an ihre Leistungen und Fehlleistungen, auch an die Verbrechen der NS-Zeit und die Leiden, die diese mit sich brachten. So sah es bereits der junge britische Offizier Arthur Dickens 1945 bei seinem Gang durch die zerstörte Stadt Lübeck.

ANMERKUNGEN

¹ Lübeck 1945. Tagebuchaufzeichnungen von Arthur Geoffrey Dickens, hg. v. G. Meyer (Lübeck 1986) 70f. Dickens' Buch erschien 1947 in dem Londoner Verlag Victor Gollancz unter dem Titel „Lübeck Diary“.

² A. G. Dickens, *The German Nation and Martin Luther* (London 1974).

³ W. G. Sebald, *Luftkrieg u. Literatur* (München 1999); G. Grass, *Im Krebsgang* (Göttingen 2002); J. Friedrich, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945* (München 2002). – Zur Diskussion über das Buch von Jörg Friedrichs vgl. A. von Müller, *Volk der Täter, Volk der Opfer. Deutschland auf dem Weg der Selbstversöhnung: Was haben die Erinnerung an den Bombenkrieg, ein Zentrum gegen die Vertreibung und die Reform des Sozialstaates miteinander zu tun?*, in: *Die Zeit*, 23. 10. 2003; B. Ulrich, *Alle Deutschen werden Brüder. Notwendig oder heikel. Das Volk versöhnt sich mit seinen Vergangenheiten – weil die Zukunft zum großen Streitfall wird*, in: ebd., 30. 10. 2003.

⁴ U. Timm, *Am Beispiel meines Bruders* (Köln 2003); U. Hahn, *Unscharfe Bilder*, (München 2003).

⁵ Vgl. das Kapitel *The German Revolution 1989–90*, in: W. Carr, *A History of Germany 1815–1990* (London 1991) 393–402. – Carr war wie Dickens in der britischen Besatzungsarmee in Deutschland eingesetzt gewesen und interessierte sich seit jener Zeit für die deutsche Geschichte.

⁶ Vgl. P. Glotz, *Der Irrweg des Nationalstaats* (Stuttgart 1990); D. Langewiesche, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa* (München 2000).

⁷ L. Greenfeld, *Five Roads to Modernity* (Cambridge, Mass. 1992).

⁸ H. Schulze, *Staat u. Nation in der europäischen Geschichte* (München 1999) 318–341.

⁹ H.-U. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949* (München 2003).

¹⁰ Vgl. A. Assmann, *Erinnerungsräume. Formen u. Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses* (München 1999); *Geschichtskultur in der Zweiten Moderne*, hg. v. R. Beier (Frankfurt 2000).

¹¹ *Deutsche Erinnerungsorte*, 3 Bde., hg. v. E. François u. H. Schulze (München 2001).

¹² M. Fulbrook, *A Concise History of Germany* (Cambridge 1990); J. Rován, *Geschichte der Deutschen. Von ihren Ursprüngen bis heute* (München 1995); H. Schulze, *Kleine deutsche Geschichte* (München 1996).

¹³ E. Wolfrum, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung* (Göttingen 2002); U. Schlie, *Die Nation erinnert sich. Die Denkmäler der Deutschen* (München 2002).

- ¹⁴ Vgl. U. Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit u. Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik (Göttingen 1983); Deutsche Erinnerungsorte (A. 11) Bd. 1, 407–421.
- ¹⁵ K. Schwabe, Deutsche Revolution u. Wilson-Frieden. Die amerikanische u. deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie u. Machtpolitik 1918/19 (Düsseldorf 1971).
- ¹⁶ W. Ribhegge, Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917/18 (Essen 1988).
- ¹⁷ Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919, hg. v. E. Heilfron, Bd. 7 (Berlin 1920) 148–156.
- ¹⁸ Vgl. K. Epstein, Matthias Erzberger u. das Dilemma der deutschen Demokratie (Frankfurt 1976) 287–368.
- ¹⁹ Heilfron, Bd. 7 (A. 17) 157–199, 370f.
- ²⁰ Ebd. 163.
- ²¹ Ebd. 196 f. – Vgl. W. Ribhegge, Konservative Politik in Deutschland. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart (Darmstadt 1989) 179–181.
- ²² A. Thimme, Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei u. die Niederlage von 1918 (Göttingen 1969).
- ²³ Die Rede Erzbergers vom 25. Juli 1919 ist auch nicht in der dreibändigen Taschenbuchausgabe deutscher Parlamentsdebatten enthalten, die 1970/71 im Fischer Taschenbuch Verlag herauskam (Deutsche Parlamentsdebatten, Bd. 1: 1871–1918, hg. v. A. Kuhn. Vorwort G. W. Heinemann; Bd. 2: 1919–1933, hg. v. D. Junker. Vorwort G. Mann; Bd. 3: 1949–1970, hg. v. E. Jäckel. Vorwort G. Grass, Frankfurt 1970 f.).
- ²⁴ Vgl. W. Ribhegge, Die Anfänge der kommunalen Demokratie in Düsseldorf. Die Stadtverordnetenversammlung im Nachkriegsjahr 1919, in: Düsseldorfer Jahrbuch 1985, 133–164.
- ²⁵ „Der Bevölkerung“. Aufsätze u. Dokumente zur Debatte um das Reichstagsprojekt von Hans Haacke, hg. M. Diers und K. König (Köln 2000).
- ²⁶ Fragen an die deutsche Geschichte. Ideen, Kräfte, Entscheidungen von 1800 bis zur Gegenwart, Historische Ausstellung im Reichstagsgebäude Berlin. Katalog, 3. erw. Auflage (Bonn 1977); 19. Auflage: Fragen an die deutsche Geschichte: Wege zur parlamentarischen Demokratie. Historische Ausstellung im Deutschen Dom (Bonn 1996).
- ²⁷ Vgl. A. Dorpalen, German History in Marxist Perspective. The East German Approach (London 1985).
- ²⁸ T. Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland u. der geteilte Kontinent (München 1993) 553–602 („Europäische Antworten“).
- ²⁹ H. A. Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reichs bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung (München 2002).
- ³⁰ W. Ribhegge, German or European Identity? Luther and Erasmus in Nineteenth- and Twentieth-Century German Cultural History and Historiography, in: Cultural Memory and Historical Consciousness in the German-Speaking World Since 1500. Selected Papers from the Conference „The Fragile Tradition“, Cambridge 2002, Bd. 1, hg. v. Ch. Emden u. D. Midgley (Oxford 2004) 139–163.
- ³¹ H.-J. Sievers, Stundenbuch einer deutschen Revolution. Die Leipziger Kirchen im Oktober 1989 (Göttingen 1991); G. Rein, Die protestantische Revolution 1987–1990. Ein deutsches Lesebuch (Berlin 1990); Protestantische Revolution? Kirche u. Theologie in der DDR. Ekklesiologische Voraussetzungen, politischer Kontext, theologische u. historische Kriterien. Vorträge u. Diskussionen eines Kolloquiums in München 26.–28.3.1992, hg. v. T. Rendtorff (Göttingen 1993).
- ³² H. Bahrman u. Ch. Links, Die Ereignisse in der DDR zwischen 7. Oktober 1989 u. 18. März 1990 (Berlin 1999) 20.
- ³³ Ebd. 38–40.
- ³⁴ Ebd. 15–70.
- ³⁵ „Wir sind das Volk!“. Flugschriften, Aufrufe u. Texte einer deutschen Revolution, hg. v. Ch. Schüddekopf (Reinbek 1990).
- ³⁶ W. Ullmann, Vorschule der Demokratie: Kirche u. Runder Tisch (Berlin 1990); Der Runde Tisch: Konkursverwalter des „realen“ Sozialismus. Analyse Vergleich des Wirkens Runder Tische in Europa, hg. v. R. Weiß u. M. Heinrich (Köln 1991); U. Thaysen, Der Runde Tisch oder wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie (Opladen 1990); Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll u. Dokumente, hg. v. U. Thaysen (Opladen 2000) (Bd. 1: Aufbruch, Bd. 2: Umbruch, Bd. 3: Neuer Machtkampf, Bd. 4: Identitätsfindung?, Bd. 5: Dokumente); K. Timmer, Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989 (Göttingen 2000).
- ³⁷ M. Hildermeier u. a., Europäische Zivilgesellschaft in Ost u. West. Begriffe, Geschichte, Chancen (Frankfurt 2000).
- ³⁸ 1848. Aufbruch zur Freiheit. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums und der Schirn Kunsthalle Frankfurt zum 150jährigen Jubiläum der Revolution von 1848/49, hg. v. L. Gall (Berlin 1998); Die Grundrechtsdiskussion in der Paulskirche. Eine Dokumentation, hg. v. H. Scholler (Darmstadt 1973); F. Eyck, Deutschlands große Hoff-

nung. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 (München 1973) 247–291; W. Ribhegge, Das Parlament als Nation. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 (Düsseldorf 1998) 50–82.

³⁹ Ribhegge (A. 38) 139–141; A. Elon, Zu einer anderen Zeit. Porträt der jüdisch-deutschen Epoche 1743–1933 (München 2002) 179.

⁴⁰ Ribhegge (A. 38) 76f.

⁴¹ W. Ribhegge, Von Potsdam nach Weimar. Die deutsche Nationalversammlung 1919, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 42 (1995) 736–743.

⁴² Ders., Das Grundgesetz in der deutschen Verfassungstradition: 1849–1919–1949–1989, in: Geschichte, Politik u. ihre Didaktik. Zeitschrift für historisch-politische Bildung 28 (2000), Heft 2/2, 90–102.

⁴³ Ders., Stadt u. Nation in Deutschland vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Die Entstehung der Zivilgesellschaft aus der Tradition der Städte (Münster 2002).

⁴⁴ Vgl. G. A. Craig, Über die Deutschen (München 1982) 95–118 („Religion“).

⁴⁵ Vgl. P. J. Geary, Europäische Völker im frühen Mittelalter. Zur Legende vom Werden der Nationen (Frankfurt 2002).

⁴⁶ H. Mendras, L'Europe des Européens. Sociologie de l'Europe occidentale (Paris 1997) 38f.; L. Siedentop, Demokratie in Europa (Stuttgart 2002) 242–247.

⁴⁷ Siedentop (A. 46) 246f.

⁴⁸ Versuch über die Verfassung der Kaiserlichen u. des heil. röm. Reichs freyen Stadt Dortmund von Arn(old) Malinckrodt, Doctor der Rechte und Mitglied des Raths, 2 Bde. (Dortmund 1795).

⁴⁹ Vgl. P. Blickle, Von der Leibeigenschaft zu den Menschenrechten. Eine Geschichte der Freiheit in Deutschland (München 2003).

⁵⁰ W. Böckenförde, Die Verfolgung der deutschen Juden als Bürgerverrat, in: Merkur 51 (1997) 165–176.

⁵¹ St. Schnitzler, Der Umbruch in der DDR auf kommunalpolitischer Ebene. Eine empirische Studie zum Demokratisierungsprozeß von 1989/90 in der Stadt Erfurt (Göttingen 1996); H. Zwahr, Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig u. die Revolution in der DDR (Göttingen 1993).